



Leseprobe aus Seeliger, Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft,
ISBN 978-3-7799-6950-1 © 2023 Beltz Juventa
in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/
gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6950-1](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6950-1)

Inhalt

Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft	
Eine Einleitung	9
<i>Martin Seeliger</i>	
Neue grobe Unterschiede	
Arbeit, Klassen, Prekarisierung und die Wiederkehr der sozialen Frage –	
Ein Streifzug	35
<i>John Lütten</i>	
Gegen die Prekarität ist der Kampf der einzige Weg	
Migration und Arbeit in Zeiten fortgeschrittener Globalisierung	
und Unsicherheit	61
<i>Margit Fauser</i>	
Soziale Ungleichheit in der gegenwärtigen Arbeitsgesellschaft	
Vom klassischen Industrieproletariat zum Dienstleistungsprekariat	83
<i>Christoph Butterwegge</i>	
Sorge und Sorgearbeit im Gegenwartskapitalismus	
Widersprüche, Gleichzeitigkeiten und Uneindeutigkeiten	
in der Kinderbetreuung	101
<i>Fabienne Décieux, Raphael Deindl</i>	
Wandel der Arbeitsgesellschaft durch Automatisierung	
und demographischen Wandel	
Herausforderungen und Aufgaben für die Sozialpolitik	119
<i>Thomas Paster</i>	
Arbeit und Nachhaltigkeit	
Die Krise der Arbeit und ihre sozial-ökologische Transformation	133
<i>Günter Warsewa</i>	
Herausforderungen von Globalisierung, Digitalisierung	
und Dekarbonisierung für die Lohnpolitik	
Der Mindestlohn als Lösung?	153
<i>Irene Dingeldey, Martin Seeliger</i>	

Wandel der Arbeitszeiten Von der Transformation der Arbeitszeitordnung zu transformativer Arbeitszeitpolitik <i>Steffen Liebig</i>	172
Flexibilisierung der Arbeit Eine theoretische Verortung <i>Hans J. Pongratz</i>	192
Digitale Transformation, Automatisierung und Arbeit <i>Sabine Pfeiffer</i>	214
Diversifizierte Qualitätsproduktion <i>Arndt Sorge</i>	236
Streiks verlassen die Fabrik Klassenbildungsprozesse im Dienstleistungs- und Staatsektor aus globaler Perspektive <i>Alexander Gallas</i>	253
Globalisierung, Abstieg und Postdemokratie Die Citizenship-Proteste wütender Bürger:innen <i>Ulrich Brinkmann, Oliver Nachtwey</i>	281
Autoritarismus und Arbeitsgesellschaft im Wandel <i>Sophie Bose, Johannes Kiess</i>	306
Tarifverträge Erosion, Dezentralisierung und Innovationen <i>Thomas Haipeter</i>	328
Gewerkschaften im Prozess der europäischen Integration <i>Martin Seeliger</i>	352
Finanzialisierung von Unternehmen und Sozialpartnerschaft Endspiel oder nächste Runde? <i>Jürgen Kädler</i>	369
Internationale Arbeitsteilung Von der Hyperglobalisierung zur regionalen Blockbildung? <i>Florian Butollo</i>	390

Wissenschaft und Gewerkschaften

Eine Kooperation im Wandel 402

Manfred Wannöffel

„Sozialpartnerschaft“ – Evolution und Wandel industrieller

Beziehungen in Deutschland

Ein historischer Abriss 424

Walther Müller-Jentsch

Die Autorinnen und Autoren

447

Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft

Eine Einleitung

Martin Seeliger

Die Natur und menschliche Arbeit sind die Quellen gesellschaftlichen Wohlstands. Als Treiberin des Stoffwechsels zwischen den Menschen und der Natur stellt Arbeit für die Gesellschaft eine sinn- und ordnungsstiftende Tätigkeit dar. Während erste Assoziationen sich hier auf die – nicht unproblematische – Unterscheidung zwischen Erwerbs- und Hausarbeit richten mögen, lässt sich bei genauerem Hinsehen zwischen zahlreichen Formen von Arbeit differenzieren, die von Erwerbsarbeit über Zwangs- oder Care-Arbeit bis hin zu ehrenamtlicher Arbeit oder Arbeit am Körper reichen.

Wenn im Titel dieses Bandes vom ‚Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft‘ die Rede ist, bezieht sich dies sowohl auf Verschiebungen in ihrem Arrangement als auch auf die Metamorphosen ihrer Elemente. Im Zuge von Globalisierung, Digitalisierung, Liberalisierung, Individualisierung und zahlreichen weiteren, nicht nur von der Sozialwissenschaft zertifizierten, „-isierungen“ verändern sich sowohl die Lagerrelation als auch die Substanz gesellschaftlicher Ordnung. Entsprechend vieldeutig ist hierbei auch die Bezugsdimension des Begriffs der Arbeitsgesellschaft. Je nach Kontext und theoretisch-methodologischer Setzung bezeichnet er lokale, nationale, transnationale oder globale Phänomene und Relationen.

Die Entwicklung der gesellschaftlichen Raumverhältnisse im Zuge der fortschreitenden Internationalisierung der Wirtschaft stellt für die modernisierungstheoretische Auseinandersetzung mit Arbeit einen grundlegenden Gegenstand dar. Mit Adam Smith, David Ricardo sowie Karl Marx und Friedrich Engels stellten gleich drei bzw. vier Protagonisten und Stichwortgeber der modernen Sozialtheorie die grenzüberschreitende Strukturierung von (Erwerbs-)Arbeit ins Zentrum ihrer Schlüsseltexte – den ‚Wohlstand der Nationen‘ (Smith 1904), die ‚Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung‘ (Ricardo 2006) sowie ‚Das Manifest der Kommunistischen Partei‘ (Engels/Marx 1999).

Die Idee, dass Konflikte um und Rationalisierung von Lohnarbeit die Entwicklungsdynamik im Prozess gesellschaftlicher Modernisierung bestimmten, prägt die konstitutiven Theoreme der modernen Sozialwissenschaft nach Marx (Arbeitsorganisation und Klassenkampf), Durkheim (Arbeitsteilung und Intermediäre) und Weber (Rationalisierung und Arbeitsethos) (vgl. Giddens 1973). Während Arbeit so ins ‚Zentrum der politischen Ökonomie als Anatomie der

bürgerlichen Gesellschaft“ vordringt, wird sie mit Oskar Negt (2004, S. 166) zur „Schlüsselkategorie der Gerechtigkeits- und Gleichheitsvorstellungen“.

Anschließend an Schmidt (2017, S. 143) lässt sich das Verhältnis von Arbeit und Gesellschaft in drei Dimensionen konzipieren: Als „besondere Form [...] von menschlichem Tätig-sein“ definiert sich Arbeit aus dieser Perspektive „über seine Zweckbindung an Daseinsfürsorge“ sowie „die Sicherstellung materieller und ideeller Reproduktionsressourcen“ (ebd.). Aus dieser bereits eingangs stark gemachten Perspektive erscheint Arbeit als Auseinandersetzung der Menschen untereinander und mit der Natur. Als „sozialer Tatbestand“ strukturiert Arbeit weiterhin die gesellschaftliche Ordnung – nicht nur über den Arbeitsmarkt, sondern auch in der Aufteilung von Care- und Hausarbeit oder – leider nicht nur historisch – über die Bedeutung von Zwangsarbeit. Aus dieser Perspektive ist Arbeit Gegenstand sowohl sozialer Konflikte als auch gesellschaftlicher Kohäsion und Spaltung – etwa über die Verteilung von Lebenschancen und Einkommen, aber auch im Verhältnis zu einer in zunehmendem Maße als vergänglich wahrgenommenen Natur.

Einen Meilenstein der Auseinandersetzung mit Arbeit als „Grundstein der Gesellschaftstheorie“ (Vorbereitungsausschuß 1983, S. 14) markiert der 1982 in Bamberg abgehaltene Soziologentag zur ‚Krise der Arbeitsgesellschaft‘. Die Überlegungen der Beiträge zum Kongressband leitet die Annahme, dass (Erwerbs-)Arbeit Werte, Status, Biografien und Identitäten für einen Großteil der Mitglieder westlicher Industriegesellschaft einen wesentlichen Teil ihrer internen Konfliktstrukturen strukturiert. Diese Strukturierung, so ein Tenor der dort diskutierten Thesen, stünde im Zuge umfassender Prozesse sozialen Wandels in zunehmendem Maße zur Disposition.

Der vor allem in zwei Plenarvorträgen – von Claus Offe (1983) und Ralf Dahrendorf (1983) – entwickelte Begriff der Arbeitsgesellschaft verweist zum einen „auf eine Reihe von Strukturereignissen moderner westlicher Industriegesellschaften“ (Vorbereitungsausschuß 1983, S. 13). Weiterhin, und hierin liegt das kontroverse Potenzial des Begriffs, bereitet er einer Debatte um die anhaltende Prägenkraft dieser Konstellation den Weg. Die Arbeitsgesellschaft, so die Autoren vom Vorbereitungsausschuß (ebd., S. 14) des Kongresses, weise „seit längerem Krisenmerkmale auf“, welche sie allerdings „nicht im inneren selbst gefährdet“ hätten. Ausgehend von dieser Diagnose dient der Begriff der Arbeitsgesellschaft der Soziologie zur Analyse am „Ende einer Epoche, in der Erwerbsarbeit für die Menschen von zentraler Bedeutung war“ (Senghaas-Knobloch 2008, S. 9).

Die in den Beiträgen zum Kongress angeführten Ursachen für das ‚Ende der Arbeitsgesellschaft‘ arbeitet der heute ebenfalls in Bamberg lehrende Soziologe Olaf Struck in einem äußerst instruktiven Artikel heraus (vgl. Struck 2017, S. 3f.). *Erstens* würden Produktivitätszuwächse und die damit einhergehende Erwerbslosigkeit eine stetige Verengung des gesellschaftlichen

Arbeitsvolumens bedingen, womit auch eine Verringerung der individuell mit Arbeit verbrachten Lebenszeit einherginge – sei es durch geringere Tages- oder Wochenarbeitszeit oder frühere Renteneintritte. Auf der subjektiven Ebene, so die *zweite* These, folge hieraus ein Bedeutungsverlust erwerbsvermittelter Identität nicht nur für Beschäftigte, sondern auch für Nicht-Beschäftigte, die sich im Angesicht verbreiteter Erwerbslosigkeit nicht länger als stigmatisiert betrachteten. Dies ergebe sich *drittens* auch daraus, dass die individuelle Daseinsvorsorge auf Grund sozialstaatlicher und privater Transferleistungen nicht länger eng an die Ausübung einer Erwerbsarbeit gekoppelt sei. Der Bedeutungsverlust der Erwerbsarbeit vollziehe sich *viertens* als Resultat eines allgemeinen Bedeutungsverlustes klassenspezifischer Sozialisationsinstanzen und Lebenssituationen – während die Prägekraft des Schrebergartens, des Kegelvereins, aber auch der katholischen oder evangelischen Kirche nachließe, individualisierten sich – wie dies wenige Jahre später auch Ulrich Beck (1985) konstatieren sollte – Konsum, Freizeit und Bildungswege der Lohnabhängigen. Die im Titel des Bamberger Kongresses proklamierte ‚Krise der Arbeitsgesellschaft‘ markiert mit Wolfgang Zapf (1983, S. 205) „das Ende der einmaligen Expansion der Nachkriegszeit“.

Ausgehend von seiner Rekonstruktion unterzieht Struck (2017) die Bamberger Thesen einer Überprüfung. Anders als dies Offe, Dahrendorf und andere zu Beginn der 1980er Jahre angenommen hatten, stellt er (ebd., S. 2) dabei fest, dass auch knapp vier Jahrzehnte später „weder die Erwerbsarbeit noch deren an Märkten und zweckrationalen Effizienzkriterien ausgerichtete individuelle und gesellschaftliche Bedeutung abhandengekommen ist“. Die Thesen aus dem Kongressband konterkariert er wie folgt: Unter quantitativen Gesichtspunkten lässt sich für die 15- bis 64-Jährigen Bewohner:innen der G-7-Staaten eine Erwerbsquote von 75 Prozent (Männer) bzw. 65 Prozent (Frauen) konstatieren. Auch habe sich die Arbeitslosigkeit nicht wesentlich ausgeweitet. Von einer Verengung des Arbeitsvolumens könne also genauso wenig die Rede sein wie von einem Bedeutungsverlust erwerbsvermittelter Aspekte individueller Identität oder arbeitsmarktvermittelter Kaufkraft und entsprechendem Vermögen. Auch die Prognose erstarkender Alternativen zur Erwerbsarbeit als einzig subjektiv erfüllender Tätigkeit – etwa im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements (Klatt/Walter 2011) oder sonstiger „post-traditionaler Vergemeinschaftung“ (Hitzler et al. 2010) – bleibt laut Struck bislang weitgehend unerfüllt.

Doch auch wenn der ‚Geist von Bamberg‘ insofern verfliegen scheint, als sich wesentliche der dort geäußerten Prognosen nicht bewahrheiten sollten, haben die entsprechenden Thesen gesellschaftliche Resonanz in Politik, Kultur, Öffentlichkeit und Wissenschaft hervorgerufen. Während Minssen noch im Jahr 2006 resümiert, eine „Großtheorie“, die eine einhellige Interpretation heterogener Befunde ermöge, läge nicht „in Sicht“, scheint für

Nicole Mayer-Ahuja (2003, S. 309) „das Interesse an Veränderungen in der sozioökonomischen Struktur der Arbeitsgesellschaft allerdings allmählich auf die wissenschaftliche Agenda zurückzukehren“. Dass die letzten Jahrzehnte sozialwissenschaftlicher Forschung in zunehmendem Maße durch Chiffren wie die der „Prekarität“ (Motakef 2015), „Bewährungsproben“ (Boltanski/Chiapello 2003), des „Unternehmerischen Selbst“ (Bröckling 2007) oder der „Aktivierten Subjekte“ (Lessenich 2008) geprägt sind, ist aus dieser Perspektive als Folge eines sozioökonomischen „Strukturbruchs“ (Raphael 2019; Raphael/Manteufel-Doering 2008) zu interpretieren. Mit diesem Begriff bezeichnen die Historiker Lutz Raphael und Ansel Mannteufel-Doering eine seit den frühen 1970er Jahren anhaltende Sequenz gesellschaftlicher Transformation, die durch eine Re-Konfiguration der Raumdimension (Globalisierung), technologische Innovationen in der Mikroelektronik (Digitalisierung), eine Aufwertung der Finanzmärkte in der Ökonomie (Finanzialisierung), einen Turn in der Wirtschafts- und Sozialpolitik (Liberalisierung) sowie einen allgemeinen kulturellen Wandel (Individualisierung) geprägt wird. Den Wandel der Arbeitsgesellschaft nach diesem Strukturbruch zu untersuchen, ist das Ziel der in diesem Band zusammengestellten Beiträge. Der Fokus liegt hierbei in erster Linie auf den (National-)Gesellschaften des Globalen Nordens (und hier vor allem auf den Ländern Westeuropas, bzw. der Bundesrepublik Deutschland).

Die Arbeitsgesellschaft ist eine kapitalistische Gesellschaft. Das bedeutet, dass Kapital und Vermögen relativ konzentriert (Piketty 2013; Leibiger 2022), Erwerbsarbeit (formal) freiwillig (Dörre et al. 2013) und Produktion und Verteilung (vorwiegend) dezentral über den Markt organisiert sind (Brinkmann 2011). In der sozialen Realität wirken diese Elemente praktisch in der „typischen Verfügungsweise“ (Offe 2006, S. 52), also dem „institutionalisierte[n] Programm der Prioritätenbildung, der leitenden strategischen Kriterien und Alternativen, der Investitionsentscheidungen und ihrer Folgen, in denen Verfügungsgewalt sich konkret ausmünzt“

Der Ausgangspunkt der Analyse von Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft ist für Offe, anschließend an Marx, ihre „innere Widersprüchlichkeit“ (Borchert/Lessenich 2006, S. 13). Diese findet sich nicht nur im Gegensatz von Kapital und Arbeit, sondern auch etwa im Standortwettbewerb von Regionen oder Ländern oder in der Lohnkonkurrenz zwischen Gewerkschaften verschiedener Sektoren. Widersprüche finden sich auch zwischen Care-Arbeit im Privathaushalt und der Erwerbsarbeit, die demselben Haushalt Einkünfte verschafft. Und auch auf der individuellen Ebene können widerstreitende Zielgrößen eines gelungenen Lebens miteinander einhergehen – etwa Fernreisen nach Kapstadt und die persönliche Klimabilanz, beruflicher Erfolg und Elternschaft oder (ganz allgemein) Erlebnisorientierung und Erschöpfung, Fortschritt und Umweltzerstörung.

Die gesellschaftlichen Widersprüche im Feld der Arbeit folgen für ihre Subjekte wie für die soziale Ordnung insgesamt aus der Tatsache, dass sie mit den Ausführenden eng verbunden sind. Aus diesem Grund hat der britisch-ungarische Historiker Karl Polanyi (1973) Arbeit als „fiktive Ware“ beschrieben, die zwar auf Märkten gehandelt, aber nicht originär für den Verkauf produziert worden ist. Im Zuge der kapitalistischen Modernisierung, so Polanyi weiter, wird der Einsatz von Arbeit in der Gesellschaft in zunehmendem Maße über den Markt organisiert. Vor allem die koordinierten Kapitalismen des Globalen Nordens haben gleichzeitig Institutionen entwickelt, die den Warencharakter der Arbeit begrenzen. Die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft lässt sich in diesem Zusammenhang mit Polanyi als Pendelbewegung zwischen Kommodifizierung, De-Kommodifizierung und Re-Kommodifizierung verstehen, im Zuge derer Auseinandersetzungen um den Warencharakter von Arbeit die gesellschaftliche Entwicklung prägen. Diese Entwicklungssequenz seit 1945 lässt sich als Abfolge dreier Gesellschaftsformationen verstehen – dem fordistischen, dem post-fordistischen und dem digitalisierten Kapitalismus (Ewen et al. 2022).

Die westlichen Gesellschaften, so schreibt Wolfgang Zapf (1983, S. 293) haben sich nach der Niederlage des faschistischen Deutschlands „in einem historisch einmaligen Wachstums- und Differenzierungsschub als Konkurrenzdemokratien, gesteuerte Marktwirtschaften und Wohlstandsgesellschaften – mit Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat – entwickelt“. Die spezifische sozioökonomische Konstellation dieser Phase findet ihren Ursprung jedoch bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Grundlegende Merkmale sind eine hochgradig standardisierte Massenproduktion mit einer „Dominanz „der Produktionsüber die Marktökonomie“ (Brinkmann 2011, S. 18). Große Betriebe beschäftigten Lohnabhängige, die standardisierte und repetitive Arbeiten zu relativ hohen Löhnen ausführten.

Als Bezugspunkt der gewerkschaftlich wie staatlich getriebenen Regulierung von Erwerbsarbeit diente in diesem Zeitpunkt ein von Mückenberger (1985, S. 422) als „Normalarbeitsverhältnis“ beschriebenes Ensemble von Attributen abhängiger Beschäftigung. Eine entsprechende Tätigkeit wird in Vollzeit sowie im Rahmen eines unbefristeten Arbeitsvertrags mit tariflich fixiertem, existenzsicherndem Lohn und Sozialabgaben ausgeübt, welche wiederum einen Anspruch auf Sozialleistungen im Falle von Erwerbslosigkeit und Verrentung begründen.¹ Dieses Normalarbeitsverhältnis, so Mückenberger weiter, stellt hierbei kein vollumfängliches Abbild gesellschaftlicher Realität dar, sondern eine „juristisch anerkannte und darum herrschende Fiktion“ (ebd.).

1 Als weitere Aspekte ließen sich hier ein Einsatzort außerhalb des eigenen Haushaltes sowie die gleichmäßige Verteilung der Arbeitstage auf die Werkstage und ein Zugang zur betrieblichen Interessenvertretung hinzufügen (vgl. Goes 2015, S. 59).

Nachdem die Gewerkschaften anschließend an die hohe Nachkriegs-arbeitslosigkeit und wegen des Zustroms an Geflüchteten anfangs durch Lohnzurückhaltung das Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit ermöglicht hatten, gehörte der Zugewinn an Kaufkraft für die Beschäftigten schnell zum festen Begründungsrepertoire der fordistischen Produktionsweise.² Die Durchsetzung entsprechend hoher Löhne erfolgte jedoch nicht in erster (und wohl auch nicht in zweiter) Linie über die Einsicht des Kapitals in die Notwendigkeit kaufkräftiger Mittelschichten. Dank starker Gewerkschaften, die den Arbeitseinsatz mittels der Fähigkeit, ihre Mitglieder zum Streiken zu bringen, kontrollierte, galt die Vorherrschaft der Angebots- über die (durch kontinuierliche Einkünfte der Privathaushalte stabilisierte) Nachfrageökonomie unter Bedingungen annähernder Vollbeschäftigung auch für den Bedarf nach qualifizierter Arbeit (Crouch/Pizzorno 1978; Scharpf 1987). Neben den Tarifverträgen organisierte die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands während der Nachkriegsphase in zunehmendem Maße der keynesianistische Wohlfahrtsstaat. Eine relativ starke Regulierung der internationalen Finanzmärkte im Bretton-Woods-System gewährleistete weiterhin geringe Devisenschwankungen, einen stabilen Außenhandel und damit insgesamt ein andauernd hohes Wirtschaftswachstum. Im Falle des deutschen Wirtschaftsmodells war ökonomisches Wachstum vor allem an den Außenhandel und die Sonderrolle der verarbeitenden Industrie gebunden (Baccaro/Höpner 2022).

Mit Andreas Reckwitz (2017) lässt sich die Periode des Fordismus als Zeitalter der Standardisierung verstehen. Nicht nur waren die Belegschaften der fordistischen Großbetriebe relativ homogene und damit auch gewerkschaftlich leicht zu organisierende Gemeinschaften. So benennt Fisahn (2021, S. 254) die Stechuhr und die Werksirene als „die Symbole der fordistischen Periode“. Und auch die Konsum- und Alltagskultur der Nachkriegszeit speiste sich aus der weitreichenden Verfügbarkeit ähnlicher oder gleicher Produkte im großen Stil. Nicht umsonst ist ein emblematisches Kunstobjekt der Nachkriegsperiode die von Andy Warhol in Szene gesetzte Tomatensuppe, die die Serialität des Massenkonsums als nützlich, wunderschön und doch irgendwie banal und beengend in Szene setzt („Eine Dose ist eine Dose ist eine Dose ...“). Die Phase nach dem Zweiten Weltkrieg lässt sich im Rückblick als „shotgun marriage“ (Streeck 2014, S. 65) zwischen Kapitalismus und Demokratie betrachten. Unter Bedingungen von Vollbeschäftigung und einer Systemalternative in den realsozialistischen Blockstaaten war es der reformistischen Arbeiter:innenbewegung

2 So verdoppelte Namenspatron Henry Ford den Lohn seiner Beschäftigten im Jahr 1914, indem er den ‚Five Dollar Day‘ einführte, welcher es seinen Angestellten ermöglichen sollte, innerhalb weniger Monate das ‚T-Model‘ erwerben zu können. Die enorme Effektivität der Produktion folgte aus dem hohen Grad der Standardisierung. Zur Produktpalette äußerte sich Ford wie folgt: „Any customer can have a car painted any colour that he wants, so long as it is black“.

gelingen, hohe Löhne und eine abgabenfinanzierte Staatstätigkeit über knapp drei Jahrzehnte hinweg aufrecht zu erhalten. „Der Siegeszug fordistisch-tayloristischer Management- und Produktionssysteme im Verlauf des 20. Jahrhunderts“, so Eva Senghaas-Knobloch (2008, S. 38), „war beispiellos“.

Im Jahr 1949 beschrieb der englische Soziologie Thomas Humphrey Marshall – die fordistische Konstellation in Großbritannien vor Augen – in einem Vortrag die Strukturmomente sozialkapitalistischer Arbeitspolitik als „Industrial Citizenship“. Ausgehend von einer Modernisierungstheorie, die die Herausbildung des modernen Nationalstaats als Evolution dreier Formen staatsbürgerlicher Ansprüche – den zivilen, den politischen und den sozialen Rechten – darstellt, charakterisiert Marshall die spezifische Konstellation im Feld der Erwerbsarbeit. Indem er die Verbindung dieser drei Rechte in den Institutionen und Praktiken der Arbeitspolitik betont, zeigt (und antizipiert) Marshall, wie Gewerkschaften und sozialdemokratisch-sozialistische Parteien in der Nachkriegsperiode eine Regulierung des Arbeitsmarktes und Mitbestimmungsrechte über den Arbeitseinsatz (und in einigen Ländern auch der Unternehmenssteuerung) erstreiten konnten.

Nachdem im Kapitalismus des 19. Jahrhunderts grundlegende Gesundheits- und Arbeitssicherheitsmaßnahmen sowie sozialpolitische Sicherungen die Reproduktion der Arbeitskraft gewährleistet hatten, ermöglichten es das allgemeine Wahlrecht, die Vereinigungsfreiheit und die Mitbestimmungsmaßnahmen der Arbeiter:innenklasse, ihre Interessen effektiv in Parteien, Gewerkschaften und Vertretungsinstanzen auf Betriebs- und Unternehmensebene zu organisieren.

Historisch betrachtet ist die Entstehung der Industrial Citizenship eng mit dem fordistischen Produktionssystem der Nachkriegszeit verbunden. Mit homogenen Arbeitskräften, die an den großen Arbeitsplätzen des verarbeitenden Gewerbes und des Bergbaus konzentriert waren, entwickelte sich das fordistische Produktionssystem zu einem „vehicle for animating *both rights and duties* around citizenship through employment and work groups“ (Strangleman 2015, S. 5). Während Sozialleistungen, die durch den Wohlfahrtsstaat gewährt werden, ein Ausdruck der Macht der Arbeiter:innenklasse sind, ist die Industriebürgerschaft, wie Zhang und Lillie (2015, S. 97) betonen, die eigentliche Quelle dieser Macht.

Gleichzeitig greift Marshall einen Gedanken auf, der ursprünglich von Émile Durkheim (1977) in seiner Dissertation zur gesellschaftlichen Arbeitsteilung entwickelt wurde. Neben dem ermächtigenden Moment für die Lohnabhängigenklasse könnte die Institutionalisierung eines Rahmens organisierter Interessen Gesellschaften stabilisieren. Oder aus einem anderen Blickwinkel betrachtet: Je weniger Macht Unternehmensorganisationen über die Belegschaft ausüben konnten, desto mehr mussten sie sich auf die Institution Industrial Citizenship stützen. Eine (relativ) zufriedene Arbeiter:innenklasse

hingegen konnte auch unter den Bedingungen einer raschen Modernisierung einen stabilen Produktionsprozess gewährleisten. Schließlich wurde Industrial Citizenship durch die Sicherstellung der Kaufkraft der Mittelschicht zu einem zentralen Bestandteil der kapitalistischen Wachstumsregime der Nachkriegszeit.

Doch was im Lichte häufig sozialdemokratisch eingefärbter Erfolgsgeschichten als ‚Trentes Glorieuses‘ (vgl. Streeck 2013) oder die „liebenswerte Variante der real existierenden Marktwirtschaften“ (Hassel 2006, S. 200) erscheint, offenbart vor dem Hintergrund moderner Gleichheitsvorstellungen einige Schattenseiten. Der Ausbeutung der Staaten in der kapitalistischen Peripherie im Rahmen eines „andauernden (post)kolonialen Konsens“, entsprach mit Lessenich (2018, S. 88) ein „Externalisierungshabitus“ als dominantem Verhaltenstypus.³ Gleichzeitig, so die feministische Kritik (Aulenbacher/Wetterer 2009), implizierte das fordistische Geschlechterarrangement die Vollerwerbstätigkeit des Mannes bei gleichzeitiger Verantwortlichkeit der Frau für die Reproduktionsarbeit in der Kernfamilie. Eine Tendenz zur Souveränität über die Haushaltsausgaben beim männlichen Breadwinner sowie ein Armutsrisiko und die Einschränkung subjektiver Entfaltungsmöglichkeiten bei der Frau stellen Kritikpunkte dar, die die feministische Arbeits- und Wohlfahrtsstaatenforschung an diesem Arrangement herausgearbeitet hat (Dackweiler/Schäfer 2010). Und schließlich bleibt in den enthusiastischen Darstellungen des Fordismus als Zeit des eingefriedeten Klassenkonfliktes die Bedeutung von Wanderarbeiter:innen für den Wohlstand der Nachkriegsperiode unberücksichtigt, deren mangelnde Repräsentation in den Institutionen der deutschen Sozialpartnerschaft etwa Manuela Bojadžijev (2008) herausarbeitet.

Das trügerische Selbstverständnis der westeuropäischen Gesellschaften, die unter diesen Bedingungen und den angeführten Exklusionsmomenten eine relative Erfolgsgeschichte auf dem Weg hin zu einer „Verwirklichung der sozialen Demokratie“ (Brenner 1966, S. 9) geschrieben hatten, charakterisiert der Soziologie Burkard Lutz (1984) als „kurzen Traum immerwährender Prosperität“. Anstelle allgemeiner Wesenszüge des modernen Kapitalismus erkennt Lutz (ebd., S. 9) in den Ausprägungen der westeuropäischen Nachkriegsökonomien lediglich die Merkmale „einer historisch ganz einmaligen und unwiederholbaren Konstellation“. Und während Jürgen Habermas zu Beginn der 1970er Jahre der spätkapitalistischen Gesellschaftsformation angesichts ihrer internen (Arbeiter:innenbewegung und maoistische Student:innen, die sich perspektivisch als noch ungefährlicher herausstellen sollten als erstere)

3 Zumindest für die Bundesrepublik Deutschland und Österreich lässt sich diesbezüglich auch retrospektiv der Umgang mit der eigenen Vergangenheit im Nationalsozialismus anführen. Die Bedeutung der von Mitscherlich und Mitscherlich (1967) diagnostizierten ‚Unfähigkeit zu trauern‘ als Standortvorteil einer sich am Weltmarkt rehabilitierenden Exportnation ist kulturhistorisch bis heute unaufgearbeitet.

und externen (Sowjetunion und ihre sozialistischen Bruderstaaten) Bedrohungen noch „Legitimationsprobleme“ unterstellt hatte, markiert der Beginn der 1970er Jahre den Eintritt in ein neues Stadium der kapitalistischen Produktionsweise – den Post-Fordismus.

Auf Ebene des Produktionsmodells zeichnet sich der Post-Fordismus in erster Linie durch eine zunehmende Flexibilisierung der standardisierten Massenproduktion aus. Das ‚Post-‘ in der Bezeichnung ist jedoch nicht allein den variablen Fertigungsmustern zuzuschreiben, die eine sich stetig modernisierende Industrie an den Tag legte. Mit Beck (1985) und zuletzt Reckwitz (2017) haben prominente Zeitdiagnosen den wirtschaftlichen Wandel gleichzeitig auf die immer diversere Nachfrage *individualisierter* bzw. *singularisierter* Käufer:innensegmente zurückgeführt. Unter Bedingungen der Bildungsexpansion, einer – sowohl durch die Neuen Frauenbewegungen als auch die wachsende Dienstleistungsökonomie – erhöhten Frauenerwerbsquote sowie einen allgemeinen Bedeutungsverlust traditioneller Sozialisationsinstanzen wandelte sich mit der Zusammensetzung des Arbeitsmarktes auch die Sozialstruktur und Konsumkultur der westeuropäischen und nordamerikanischen Kapitalismen. Der Ölpreisschock des Jahres 1973 markiert in diesem Zusammenhang die Kanten des „Strukturbruchs“ ökonomischer, politischer und kultureller Entwicklungslinien sowie das Ende des ‚Boomzeitalters‘ (Raphael 2019). Eine weitere wesentliche Wandlungerscheinung dieser Periode im Panorama der Soziologie und Politischen Ökonomie als Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft oder auch Tertiärisierung diskutiert (Häussermann/Siebel 1995). Eine wachsende Anzahl von Beschäftigten und sowie die Verlagerung gesamtwirtschaftlicher Wertschöpfung vom Industrie- in den Dienstleistungsbereich mit kleinbetrieblichen Strukturen und häufig von den Standards des Normalarbeitsverhältnisses abweichenden Arbeits-, Beschäftigungs- und Partizipationsbedingungen übertrug sich in eine Restrukturierung der Geschlechterverhältnisse durch die erhöhte Frauenerwerbstätigkeit im Privaten und im Arbeitsmarkt (Jacobsen 2018).

Mit Blick auf die Beziehungen zwischen Kapitalverbänden und Gewerkschaften bzw. der Sozialdemokratie als Partei der Lohnabhängigeninteressen beschreibt Streeck (2013) in seiner Untersuchung zur „vertagten Krise des demokratischen Kapitalismus“ die 1970er Jahre als Beginn einer Phase des „Investitionsstreiks“. Angesichts eines sich zunehmend internationalisierenden Marktes für Arbeit und der Möglichkeit überschüssiges Geld im Ausland anlegen zu können, eröffnete sich dem Kapital die Chance, glaubhaft mit der eigenen Verlagerung an Boom-Standorte wie Indien und China zu drohen. Sinkende Steuereinnahmen, Lohnzurückhaltung sowie abnehmende Lohnnebenkosten prägten die folgenden Jahrzehnte als Resultat eines (teilweise vorauseilenden) Gehorsams nationaler Regierungen. Besonders der Rückbau der sozialen Sicherungssysteme ließ den Lohnabhängigen eine

etwaige Erwerbslosigkeit unattraktiv erscheinen. Eine erhöhte Bereitschaft zum ‚Arbeiten um jeden Preis‘ schränkte damit die gewerkschaftliche Verhandlungsmacht und damit auch die Lohnforderungen ein. Weitere Reformen des Arbeitsmarktes führten vor allem ab den 1990er Jahren zum Aufbau von Randbelegschaften – etwa über den strategischen Einsatz von Leiharbeit (Holst et al. 2009) oder die systematische Auslagerung von Kerntätigkeiten über Werksverträge (Beutler/Lennsen 2012).

Vor allem in den 1970er Jahren nahm mit der Finanzialisierung der Ökonomie eine Entwicklung an Fahrt auf, die die Strukturierung von Erwerbsarbeit vor allem mit Blick auf die Organisation der Unternehmen prägt. Die Deregulierung der Finanzmärkte eröffnete institutionellen Anlegern die Möglichkeit, Kapital von Kleinanlegern – etwa aus der privaten Altersvorsorge – mit Hilfe neuer Finanzinstrumente zu bündeln. Mit dem Anteil des Finanzsektors an der Gesamtökonomie wuchs auch der Einfluss von Finanzexperten und Ratingagenturen auf die Planung und Steuerung von Unternehmensaktivitäten. Der Begriff der Shareholder-Value-Orientierung beschreibt eine neue Dynamik in der Steuerung von Unternehmen. Bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden börsennotierte Unternehmen in der Regel von Managern beherrscht, die die Interessen von Klein-Aktionären mit Anteilen im Streubesitz leicht übergehen konnten. Mit dem Aufstieg der institutionellen Anleger änderte sich diese Machtkonstellation insofern, als diese die Unternehmenspolitik auf das Ziel einer schnellen Rendite hin beeinflussen konnten (vgl. Höpner 2003).

Entsprechende Entwicklungstendenzen sind seit den 1990er Jahren auf Ebene der Unternehmen auch in Form von „strategischer Dezentralisierung“ (Minssen 2011, S. 49) flankiert worden. Indem Unternehmensleitungen Kompetenzen in der Organisationshierarchie verlagerten, wiesen sie die Verantwortung für die Koordination des Fertigungsprozesses an die ausführenden Einheiten. Neue Fertigungskonzepte wie Gruppenarbeit oder Qualitätszirkel dienten etwa in der Automobilindustrie oder dem Maschinenbau zur Aktivierung von Kreativität und Problemlösungskapazitäten innerhalb der Belegschaft. Um diese neuen Steuerungsformen praktisch umsetzen zu können, mussten Unternehmen sich umfassenden Restrukturierungen unterziehen, im Zuge derer ihre Bestandteile neu definiert oder sogar ausgelagert wurden (Minssen 2000). Schließlich ging mit der Dezentralisierung innerhalb der Unternehmen häufig auch eine Neujustierung bestehender Einheiten untereinander einher, die sich nun im Rahmen von Marktbeziehungen als Anbieter und Kunden begegnen sollten (Sauer 2010).

Gemeinsam mit einer Erweiterung der grenzüberschreitenden Wirtschaftsaktivitäten im Rahmen transnationaler Wertschöpfungsketten bedingte diese Restrukturierung des Kapitals vor allem ab den 1980er Jahren eine Erosion des arbeitspolitischen Bezugsrahmens, sowohl im Unternehmen als auch

im Nationalstaat. Angesichts einer zunehmend finanzialisierten Ökonomie, neuer Formen nationalen wie grenzüberschreitenden Wettbewerbs sowie einer allgemeinen Prekarisierung der Arbeit durch die Verbreitung atypischer Beschäftigungsformen sahen sich die Gewerkschaften zunehmend einer „strukturelle[n] Machtlosigkeit“ ausgesetzt, „makroökonomisch Einfluss zu nehmen [...] oder auch politisch erfolgreich Druck auf die Regierung auszuüben, bei der Sekundärverteilung durch ihre Steuerpolitik Gewinne und Zinserträge abzuschöpfen und für die Sicherung und den Ausbau sozialstaatlicher Leistungen und Institutionen zu verwenden“ (Deppe 2012, S. 43).

Prekarisierung, Aktivierung und Individualisierung seit den 1990er Jahren

Die 1990er Jahre brachten mit der Wiedervereinigung der Bundesrepublik und dem Wahlsieg Gerhard Schröders einen grundlegenden Kurswechsel in der arbeitspolitischen Gestaltung. Hatte Helmut Kohl den Bewohner:innen der Neuen Bundesländer zu Beginn des Jahrzehnts noch blühende Landschaften versprochen, verdichtete sich im Verlauf ein Krisendiskurs um die Gefahr des Verlustes wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Zu hohe Löhne, eine strukturelle Arbeitslosigkeit sowie ein in der Folge mit monetären Erwartungen überfrachteter Wohlfahrtsstaat lähmten in dieser Perspektive die deutsche Ökonomie im Zuge „eine[r] sozialstaatliche[n] und tarifliche[n] Politik der planmäßigen Stilllegung von Arbeitskraft“ (Streeck 2004, S. 56) und machten das Land, wie dies Hans-Werner Sinn (2003) in seinem Buch ‚Ist Deutschland noch zu retten?‘ formulierte, zum ‚Kranken Mann Europas‘.⁴

Nach der Regierungsübernahme durch Rot-Grün entwickelte das aus Kapital-, Gewerkschafts- und Regierungsvertreter:innen bestehende ‚Bündnis für Arbeit‘ eine Reihe von Reformen, die unter anderem Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen, die Senkung von Unternehmenssteuern, eine Restrukturierung der Sozialversicherungen sowie die Schaffung eines staatlich subventionierten Niedriglohnssektors vorsahen. Den Zeitgeist brachten in einem programmatischen Spiegel-Artikel mit Wolfgang Streeck und Rolf G. Heinze zwei Vordenker der ‚Marktsozialdemokratie‘ (Nachtwey 2009) auf den Punkt: „Ob diese Jobs prekär sind oder nicht, erscheint aus dieser Perspektive nebensächlich, denn ([f]ast) jeder Arbeitsplatz ist besser als keiner“ (Streeck/Heinze 1999, S. 44).

4 Eine ähnliche Schlüsselrolle kam hier dem 1995 zum Chef des Spiegel Wirtschaftsressorts beförderten Journalisten Gabor Steingart zu, der die Debatte um „den Abstieg eines Superstars“ (2004) und einen „Weltkrieg um Wohlstand“ (2006) mit programmatischen Setzungen in der öffentlichen Debatte prägte.

Aber was genau ist nun prekär? Kritisch begleitet wurde diese arbeitspolitische Restrukturierung ab den 1990er Jahren federführend von Robert Castel. In verschiedenen Beiträgen entwickelt der französische Soziologe drei zentrale Merkmale der Prekarisierung moderner Arbeitsgesellschaft – die Erosion stabiler Ordnungsmuster, deren kompensatorische Bewältigung durch die Arbeitssubjekte sowie das Auftreten neuer Überzähliger, deren Beitrag zur gesellschaftlichen Daseinsvorsorge nun (scheinbar) nicht mehr nötig ist (vgl. Castel 1995, 2005, 2011).

Der Begriff der Prekarität ist ein relationaler Begriff, insofern er sich auf Negativabweichungen vom Konzept des ‚Normalarbeitsverhältnisses‘ richtet. In Bezug auf den Themenkomplex der Erwerbsarbeit können diese Abweichungen hinsichtlich der Arbeits-, Beschäftigungs- und Partizipationsbedingungen auftreten. Geringe Entlohnung, befristete Verträge, extrem variable Arbeitszeiten, mangelhafter Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie ein versperrter Zugang zur betrieblichen Interessenvertretung sind Elemente prekärer Erwerbsverhältnisse.

Neben der realen Senkung von Arbeits-, Beschäftigungs- und Mitbestimmungsstandards die sich für direkt Betroffene im Rückgang von Kaufkraft, sozialer Sicherheit, Anerkennungsdefiziten und Sinnverlusten äußern, besteht ein indirekter Effekt der Prekarisierung von Arbeit in der Disziplinierung von Kernbelegschaften. Während der arbeitspolitische Einfluss prekär Beschäftigter praktisch geschwächt wird, folgt die Erosion betrieblich verankerter Machtressourcen aus der Antizipation möglicher Privilegienverluste durch die Kernbelegschaften. Die Präsenz der Leiharbeiter:innen versinnbildlicht den privilegierten Beschäftigten die Möglichkeit des Privilegienverlustes. „Mit der Herausbildung der Zone der Prekarität“, so Motakef (2015, S. 57) „hat sich der Integrations- und Herrschaftsmodus verändert“.

Eine weitere Etappe der neoliberalen Restrukturierung von Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat erfolgte in Deutschland unter der zweiten Schröder-Regierung im Zuge der ‚Agenda 2010‘. Umgangssprachlich bekannt als ‚HartzIV‘ lag das zentrale Moment dieser Reform in der Veränderung der Bezugsbedingungen des Arbeitslosengeldes. Ab Januar des Jahres 2005 sollte das ‚Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt‘ eine Grundsicherung für Erwerbslose gewährleisten, die mit 345 Euro pro Monat an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft war, die der Gesamtwirtschaft zur Aktivierung von Arbeitskraft dienen sollten.

Der Bedeutungswandel der neuen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik lässt sich mit Lessenich (2008, S. 90) „nur erschließen, wenn man nicht bei der Diagnose (teilweise) abgesenkter Leistungsstandards stehen bleibt“ und stattdessen „die aktivierungspolitisch veränderten Beziehungsmuster zwischen Individuum und Gesellschaft ins Zentrum der Betrachtung rückt“. Das neue Credo verkehrte die Begründungslogik staatsbürgerlichen Anspruchsdenkens

ins Gegenteil, nach dem Motto: „Frag nicht, was das Sozialsystem für Dich tun kann, sondern, was Du für das Sozialsystem tun kannst!“ Die ‚Employability‘ von Erwerbslosen, die nicht rechtzeitig zum montagmorgendlichen Power-Point-Kurs erscheinen oder plattgetretene Kaugummis⁵ mit dem Sandstrahler entfernen konnten oder wollten, versuchte der aktivierende Sozialstaat mit der Kürzung des Arbeitslosengeldes wiederherzustellen.

Während die neue Fragilität von Erwerbsverhältnissen in den von atypischer Beschäftigung gezeichneten Arbeitsmarktsegmenten unmittelbare Auswirkungen nach sich zog, wirkten subtilere Formen sozialer Desintegration etwa in Form von Abstiegsängsten und kompensatorischen Ressentiments weit jenseits dieser sozialen Sphären (vgl. Heitmeyer 2018). Komplementiert wurden entsprechende Tendenzen durch einen Diskurs um die ‚Neue Unterschicht‘ – ein Begriff, den der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Beck im Jahr 2006 im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung einführte.⁶ Wie bereits der Berliner Historiker Paul Nolte (2004) zwei Jahre zuvor zu wissen glaubte, verbrachte dieser Bevölkerungsteil den Großteil seiner Zeit an den Fliesentischen überheizter Hochhauswohnungen mit dem Konsum von Videotextnachrichten, Kartoffelchips, Zigaretten und Dosenbier in „fürsorglicher Vernachlässigung“ (Nolte 2003) durch den damals noch nicht aktivierend auftretenden Sozialstaat.

Eine weitere Entwicklung, die Eigenverantwortung und Selbstverwirklichung in der Erwerbsarbeit Vorschub leistet, wurde vom Blickpunkt der Arbeitssoziologie ab den 1990er Jahren als ‚Subjektivierung von Arbeit‘ (Lohr 2003) bezeichnet. Indem Beschäftigte ihren Arbeitseinsatz selbst

5 Als eine Art Hilfestellung für die Rückkehr in den Arbeitsmarkt rahmt die Bundesagentur für Arbeit sogenannte ‚Ein- Euro-Jobs‘. Unter bestimmten Voraussetzungen sind Bezieher:innen von staatlicher Arbeitslosenunterstützung gezwungen, entsprechende Tätigkeiten zu verrichten, um ihre diesbezüglichen Ansprüche zu erhalten. Als sozialversicherungsfreie Tätigkeiten muss die Arbeit im öffentlichen Interesse liegen. Ein Beispiel für solche Tätigkeiten im öffentlichen Interesse findet sich in der Geschichte der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen. In Vorbereitung auf die Begehung durch die Gutachter:innen bekräftigte die Ruhr-Universität Bochum zum Ende der 2000er Jahre ihre Bewerbung durch den Einsatz sogenannter ‚Ein- Euro-Jobber‘. Mit Hilfe von Hochdruckreinigern sollten diese die über die Universitätsstraße zu zur evaluierenden Universität (hoffentlich exzellent) hinüberleitende ‚Uni-Brücke‘ von plattgetretenen Kaugummis (nicht exzellent) säubern. Ob die Kommission die Uni-Brücke tatsächlich überquerte, ist nicht bekannt. Dass öffentliche Interesse bestand in diesem Fall jedoch darin, auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein. Den ‚Ein- Euro-Jobbern‘ bescherte der Arbeitseinsatz – wenn schon keine Career Opportunities – zumindest einen Nachmittag an der frischen Luft. So geht aktivierende Arbeitsmarktpolitik!

6 Einen Vertreter dieser Gruppe sollte Beck gegen Ende desselben Jahres noch persönlich adressieren, indem er ihm nahelegte, sich mal zu „[w]aschen und [zu] rasieren, dann kriegen Sie auch einen Job“ (vgl. Hengst/Volker 2006).

überwachen, das heißt, individuelles Zeit- und Qualitätsmanagement betreiben, sich zunehmend selbständig motivieren und fortbilden und womöglich daraus erfolgende psychosoziale Belastungen selbst tragen, vollzieht sich ein Formwandel, der Voss und Pongratz (1998) zur Entwicklung eines neuen Idealtypus von Beschäftigtem gebracht hat – der Sozialfigur des Arbeitskraftunternehmers.

Die Kombination zweier vormals weithin als antagonistisch gedachter Elemente – der Arbeitskraft und dem Unternehmertum – dient den beiden gewissermaßen als Provokation der arbeitssoziologischen Conventional Wisdom. Hatten Ordnung, Disziplin und Schnelligkeit in der Fabrik noch eines Aufsehers bedurft, kontrolliert, steuert und plant der Arbeitskraftunternehmer für sich selbst. Indem er die eigenen Fähigkeiten und Leistungen eigenständig an mögliche Abnehmer:innen vermittelt, ökonomisiert sich der Arbeitskraftunternehmer selbst. Und durch die gezielte und bewusste Strukturierung des eigenen Alltags gemäß der Zielgrößen seiner Erwerbstätigkeit ordnet und rationalisiert er seine Subjektivität mit Blick auf seine wirtschaftliche Handlungsfähigkeit. Diese drei Dimensionen – Selbst-Kontrolle, Selbst-Ökonomisierung und Selbstvermarktung – markieren die Konturen eines idealtypischen Arbeitssubjektes, das die Anforderungen an subjektivierte und entgrenzte Arbeit in vorausweisendem Gehorsam erfüllt.

Der Wandel der Arbeitsgesellschaft folgte für die Nationalstaaten Europas seit dem Zweiten Weltkrieg wesentlich aus der europäischen Integration. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl durch Belgien, Frankreich, Italien, die Niederlande, Luxemburg und die Bundesrepublik im März 1957 initiierte hier einen Prozess wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Einigung, der die Leistungserstellung, Güterverteilung, aber auch die Mobilität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa stark beeinflusste.

Die Entwicklung eines gemeinsamen politischen Systems im Integrationsprozess zentriert sich historisch in zunehmendem Maße auf die Gestaltung eines europäischen Binnenmarktes. Der Maastrichter Vertrag aus dem 1992 eröffnet den EU-weiten Wirtschaftsraum auf Grundlage vier konstitutiver Freiheiten: So ist es den Mitgliedstaaten verboten, den freien Verkehr von Waren (1), Dienstleistungen (2), Kapital (3) und Personen (4) zu beschränken. Mit den Osterweiterungsrunden der Jahre 2004, 2007 und 2013 diversifizierten sich die nationalen Wirtschaftsräume der EU. Im Prozess der europäischen Integration entsteht für die Regulierung von Erwerbsarbeit so ein doppeltes Problem: Während die transnationalen Interdependenzen im Gemeinsamen Markt hier immer weiter zunehmen, besteht das Problem politökonomischer Heterogenität, welches die Etablierung minimaler Standards in der Tarif- und Sozialpolitik erschwert und so die soziale Kohäsion der EU gefährdet.

Das Konzept eines ‚Sozialen Europa‘, in dem der wirtschaftliche Integrationsprozess durch marktbergrenzende oder sogar marktkorrigierende Institutionen

(wie etwa im Rahmen einer EU-weiten Arbeitslosenversicherung, vgl. Loh/Skupien 2016; kritisch Seeliger 2017) gerahmt werden könnte, hat sich hierbei bislang als nicht tragfähig erwiesen. Dies zeigt sich besonders auch in der politischen Konstruktion und ökonomischen Praxis der Währungsunion, welche eine autoritäre Austeritätspolitik der Troika in der Eurokrise genauso befördert wie die Dominanz der deutschen Exportökonomie – mit den Folgen des Exports von Arbeitslosigkeit nach außen und Lohnzurückhaltung nach innen (vgl. Höpner 2021).

Insgesamt, so resümiert Eva Senghaas-Knobloch (2008, S. 55), war die postfordistische Arbeitswelt kurz nach der Jahrtausendwende „in ihrer Gesamtheit durch – vermutlich noch zunehmende – Heterogenität“ charakterisiert: „Malocher existiert neben kreativen Tätigkeiten; Unterforderung neben Überforderung; Berufsbewusstsein neben Jobmentalität“ (ebd.). Mit diesen neuen Anforderungsprofilen und Subjektivitäten verändert sich auch die arbeitspolitische Konstellation im Postfordismus. Im Fordismus hatten es Gewerkschaften und Betriebsräte noch im Fordismus vorwiegend mit relativ großen Belegschaften zu tun, die sich durch relativ homogene Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen und ähnliche soziale Hintergründe auszeichneten. Für die postfordistische Epoche lässt sich demgegenüber eine Fragmentierung und Diversifizierung sowohl mit Blick auf die sozialstrukturellen Hintergründe als auch hinsichtlich der Tätigkeitsprofile der zu organisierenden Beschäftigten.

Auch für die Konfiguration der Industrial Citizenship bedeutete der Übergang zum Postfordismus einige Verschiebungen. Die fortschreitende Fragmentierung betrieblicher Arbeitsorganisation und Beschäftigungsformen korrespondiert hier mit einem allgemeinen Trend des Mitglieder- und Einflussverlustes der Organisationen zur Durchsetzung von Lohnabhängigeninteressen.

Nicht nur schien es unter Bedingungen beschäftigungspolitischer Heterogenität sowohl innerhalb der Betriebe als auch entlang der Wertschöpfungsketten erheblich schwieriger, Beschäftigteninteressen effektiv zu bündeln. Mit der unter fordistischen Bedingungen oft als selbstverständlich – „von der Wiege bis zur Bahre“ – gepflegten Mitgliedschaft in Partei und Gewerkschaft hatten die Lohnabhängigen in weiten Teilen gebrochen. Hierin – und nicht in der vor allem seit den 1990er Jahren unterstellten Eigendynamik globalisierter Arbeits- und Finanzmärkte – liegt dann auch die Ursache abnehmender Staatstätigkeit und sinkender Löhne (Baccaro/Höpner 2022).

Digitaler Kapitalismus

Nicht mehr ganz zu Beginn des 21. Jahrhunderts markieren den „zentralen Debattenstrang“ (Butollo et al. 2021, S. 27) zur Veränderung der Arbeitswelt

Auseinandersetzungen um Digitalisierung von Produktion und Distribution. Neue Techniken der Automatisierung, Kontrolle und Durchsetzung betrieblicher Herrschaft über Prozesse algorithmischen Managements (Staab et al. 2017) eröffnen vor allem für die Kapitaleseite neue Möglichkeiten der Arbeitsorganisation und verschieben damit auch die Machtkonstellation im Feld der Arbeitsbeziehungen. Im Bereich der sogenannten Gig Economy koordinieren sich Anbieter und Nachfrager der Ware Arbeitskraft über Onlineplattformen. Die kurzfristig-unverbindlichen Tauschbedingungen sowie die große Markttransparenz wirken sich hier häufig zu Lasten der Lohnabhängigen aus (vgl. Lorig 2018). In einem Vorschlag zur Systematisierung der Debatte haben Janis Ewen, Sarah Nies und ich (2022) vier Dimensionen des Digitalisierungsprozesses unterschieden. In Form von *Diskursen und symbolischen Repräsentationen* beziehen wir uns auf die Digitalisierung als Diskussionsgegenstand und Antizipation. Ein vor allem auf mögliche Rationalisierungsfolgen abhebender Diskurs prägte hier in den letzten Jahren die arbeitspolitische Konstellation, indem er die Gewerkschaften und Betriebsräte unter den Druck möglicher Arbeitsplatzverluste setzte (vgl. Pfeiffer 2019). Als *technologischer* Prozess umfasst die Digitalisierung einerseits die technischen Systeme und andererseits die sozialen Praktiken ihrer Anwendungen. In ihrer *wirtschaftlichen* Dimension lassen sich Digitalisierungsstrategien vor allem als kapitalgetriebene Entwicklungen verstehen. Unter dem Druck ökonomischer Verwertungslogik treffen Unternehmen Entscheidungen über Entwicklung und Einsatz digitaler Strategien in der Produktion und Distribution von Gütern auf betrieblicher und zwischenbetrieblicher Ebene (vgl. Nies 2021). Innerhalb einer politischen Dimension vollzieht sich die Digitalisierung schließlich als Ringen um die Gestaltung (und Gestaltbarkeit) ihrer Konsequenzen im Verhältnis von Kapitalverbänden und Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebsräten sowie dem Staat, dessen massive Förderung eines öffentlichen Agenda-Settings in der diskursiven Dimension die heutige Wahrnehmung der Digitalisierung massiv geprägt hat.

Mit der zentralen Bedeutung des Shareholder-Value für die Steuerung von Unternehmen, einer Tendenz zur Fragmentierung in den Arbeitsbeziehungen und Beschäftigungspolitiken und einer zunehmend grenzüberschreitenden Organisation der Wirtschaft nach immer stärker marktzentrierten Prinzipien knüpft der digitalisierte Kapitalismus damit an Tendenzen an, die bereits im postfordistischen Produktionsmodell angelegt waren (vgl. Nachtwey/Staab 2002).

Hinsichtlich der Struktur industrieller Staatsbürgerrechte knüpft die Entwicklung im digitalisierten Kapitalismus an die Erosionserscheinungen der postfordistischen Epoche an. Die Fragmentierung der Beschäftigungsverhältnisse sowie die Gefahren eines sinkenden Qualifikationsniveaus übertragen sich hier in ein Risiko der tarifpolitischen Schwächung. Gleichzeitig erfordert auch die erhöhte Komplexität der Algorithmensteuerung im

Produktionsprozess neue Kompetenzen auf Seiten der Gewerkschaften und Betriebsräte, die für die Mitbestimmung neue Kompetenzen erwerben müssen. Schließlich müssen entsprechende Beteiligungsrechte auch in der arbeitspolitischen Gesetzgebung formalisiert werden.

Angesichts der Verschiebungen im Weltsystem und den Restrukturierungen ökonomischer Macht, die private wie öffentliche Haushaltseinkommen in den asiatischen Ländern an die Industriestaaten des Globalen Nordens heranrücken lassen, ist zukünftig mit weiteren Momenten strukturellen Wandels der Arbeitsgesellschaft zu rechnen. Neben einer weiteren Ausdifferenzierung globaler Wertschöpfungsketten im Zuge der Fortentwicklung digitaler Produktions-, Distribution- und Koordinationsverfahren werden sich diese aus den Folgen des Klimawandels sowie den Maßnahmen zu seiner Bewältigung speisen.

In der Entwicklung der Arbeitsgesellschaft zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Gegenwart markiert der Bamberger Kongress etwa die Halbzeit. Dort wurden, wie weiter oben dargelegt, eine Reihe von Fragen und Hypothesen über ihren weiteren Wandel angelegt. Kontrastiert man diese mit den tatsächlichen Entwicklungen, zeigt sich, wie anschließend an Struck (2017) dargelegt, ein ambivalentes Bild. Nicht mehr ganz zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellt sich die Frage nach dem Strukturwandel der Arbeit unter neuen Vorzeichen. Der Abbau des Wohlfahrtsstaats und die zunehmende Lohnspreizung haben das Problem sozialer Ungleichheit im Rahmen der Industrieländer des Globalen Nordens, aber auch im internationalen Maßstab auf die Agenda gebracht. „Die soziale Frage“, so resümieren Graf et al. (2021, S. 8) „und damit auch die Frage nach sozialen Klassen, stellt sich heute wieder neu“. Während einige Autoren wie etwa Müller-Jentsch (2021, S. 185) „auf ein zwar nicht superstabiles, aber immerhin auf ein „wetterfestes“ Institutionen- und Organisationssystem in der Arbeitswelt“ (siehe auch seinen Beitrag in diesem Band) verweisen, sehen andere (z.B. Deppe 2013) die sozialkapitalistische Einhegung des Arbeitsmarktes als beendet an. Ihre besondere Virulenz gewinnt die Frage nach sozialer Ungleichheit und Verteilungspolitik vor dem Hintergrund des Klimawandels. War die technologische und tarifpolitische Moderation des Klassenkonfliktes lange an ein Wirtschaftsmodell geknüpft, dass sich Verteilungsspielraum über Wachstum zu schaffen verstand, würde eine Dekarbonisierung der Ökonomie die (weitgehende) Abkehr von einem entsprechenden Modell erfordern (Brandt 2017). Eine sozial-ökologische Transformation im Sinne eines ‚Green New Deals‘ würde neben der Angebotsstruktur und den Präferenzen der Konsument:innen auch die Schaffung neuer Massenkaufkraft in den mittleren und unteren Schichten erfordern – und dies nicht nur im nationalen, sondern im globalen Rahmen. Inwiefern liberale auf dem Prinzip der Konsumentensouveränität beruhende Demokratien in der Lage sind, diesen Wandel entsprechend zu gestalten, wird die Zukunft zeigen.

Gegenwart und Zukunft

Entsprechende Widersprüche liberaler Gesellschaftsteuerung traten zuletzt auch in der Corona-Pandemie zu Tage (siehe Peukert et al. 2022). Neben punktuellen Momenten der Politisierung (vgl. etwa Seeliger/Sevignani 2022) hat Covid-19 vor allem die Strukturkrise des neoliberalen Konsolidierungsstaates – etwa im Feld der öffentlichen Gesundheitsversorgung – offengelegt. Die Erschöpfung staatlicher Steuerungskapazität nimmt ihren Anfang bereits in den 1970er Jahren. Im Feld der Arbeit stellte sich die Pandemie als Ausdruck einer dreifachen Krisendynamik dar (vgl. Seeliger et al. 2022). Die (partielle) Restrukturierung der industriellen Fertigung sowie die – oftmals unzureichenden (vgl. Seeliger/Sebastian 2022) – Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz lassen sich erstens als Ausdruck einer *Produktionskrise* interpretieren. Während manche Branchen, wie etwa die Logistik, als Gewinner aus der Pandemie hervorgehen konnte, trafen andere Branchen, wie etwa den Einzelhandel, starke Folgeschäden. Nachdem sich die Produktionswirtschaft zu Beginn der Pandemie am Ende eines etwa zehn Jahre währenden Wachstumszyklus befunden hatte (Detje/Sauer 2021), trafen die Rückgänge der Nachfrage sowie die erhöhten Auflagen im Gesundheitsschutz ein bereits krisenanfälliges Wirtschaftssegment (Seeliger et al. 2022a). Ein anfänglicher Fokus der Rettungs- und Kompensationsmaßnahmen der Bundesregierung spiegelt hierbei die Privilegien der Exportwirtschaft gegenüber der restlichen Ökonomie (Nölke 2021).

Gleichzeitig bedingten die Kontaktbeschränkungen in der Corona-Krise eine Verschiebung innerhalb der Anerkennung von Berufen. Was „systemrelevant“ war und was nicht, wurde in der Pandemie unter neuen Vorzeichen diskutiert. Ursache dieser Bewusstwerdungsprozesse war eine Dimension der Pandemie, welche wir (Seeliger et al. 2022) zweitens als *Reproduktionskrise* beschrieben haben. Mit der Debatte um die Pflege, aber auch über die Frage nach der Arbeitsteilung im Home-Office hat durch Corona eine Reihe von „Sorgekämpfen“ (Artus et al. 2017) ihre Konturen geschärft. Hinsichtlich der öffentlichen Versorgung haben sich außerdem die Defizite der neoliberalen Gesundheits- und Pflegeökonomie gezeigt. Seit im Frühsommer 2022 die Rüstungskredite in Höhe von einhundert Milliarden Euro verabschiedet sind, stellt sich die Frage, welche Einsparungen deren Tilgung in der Zukunft kompensieren werden.

Hinsichtlich der im Vorfeld kumulierten und in der Pandemie zu Tage getretenen gesellschaftlichen Diskrepanzen offenbart sich die Corona-Krise inner- und außerhalb der Arbeitswelt drittens als *Legitimationskrise*. Dies folgt einerseits aus einem Defizit an ‚Input-Legitimation‘ (Scharpf 1999) etwa im Bereich der Parlamentsdebatte oder sozialpartnerschaftlicher Beteiligungsmuster (vgl. Landwehr/Schäfer 2021). Mit Blick auf die Strukturierung von

Erwerbsarbeit bestehen Legitimationsdefizite andererseits in Bezug auf die verteilungspolitischen Konsequenzen der Pandemie.

Während die Reallöhne in 2021 um 1,4 Prozent gesunken sind, legten einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts zu Folge große Vermögen im selben Zeitraum um 19 Prozent zu.⁷ Wenn der Biontech-Inhaber Ugur Sahin im Dezember 2020 über ein geschätztes Vermögen von fast fünf Milliarden Dollar verfügt und den Großaktionären Klatten und Quant, wie dies Seeck (2021, S. 74ff.) besonders anschaulich herausarbeitet, im selben Jahr fast 800 Millionen Euro Dividende ausgezahlt werden, während die Steuerzahler:innen für die Kurzarbeitsmaßnahmen in den Bayerischen Motorenwerken aufkommen, steht die sozialdemokratische Legitimation dieses Politiksystems in Frage.

Wie Lessenich (2020, S. 219) bereits zu Beginn der Pandemie prognostiziert hat, läutet die Corona-Krise „kein neues gesellschaftliches Zeitalter“ ein. Die Anfälligkeit der öffentlichen Infrastruktur und die fortschreitende Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse verweisen gleichzeitig auf den Bedarf umfassender Reformen der sozioökonomischen Verhältnisse. Eine Abkehr von den Dogmen einer an der „schwarzen Null“ (Haffert 2016) orientierten Politik der öffentlichen Hand ist hierbei für eine Stärkung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht in der Lohnfindung unerlässlich. Liberalisierung und Austerität haben – auch als Resultat eines Strukturwandels der Arbeitsgesellschaft – die Corona-Krise in der erlebten Form erst ermöglicht. Die Forderung nach entsprechenden Initiativen zur Umgestaltung von Arbeitswelt und Wirtschaftsform hat in den letzten Jahren auch in der Sozialwissenschaft Konjunktur (siehe etwa das Foundational Economy Collective 2019, Honneth 2017 oder Piketty 2020).

Die Rolle der Sozialwissenschaft in der Suche nach entsprechenden Entwürfen bedingt für die Scientific Community und ihre arbeitspolitischen Anrainer aus den Stiftungen, Gewerkschaften, Parteien und sozialen Bewegungen die Notwendigkeit programmatischer Diskussionen. Von den Klassikern der Politischen Ökonomie hat die Arbeits- und Industriesoziologie nach 1945 die Annahme geborgt, der zufolge die Ordnung der industriellen Produktion als Gradmesser für die gesellschaftliche Entwicklung dienen kann. Wie Ruiner und Wilkesmann (2016, S. 60) oder auch Aulenbacher et al. (2010, S. 17) bemerken, impliziert der bereits eingangs dargestellte Fokus der Klassiker die Vernachlässigung bezahlter und unbezahlter Arbeit in der Sphäre gesellschaftlicher Reproduktion. Eine stärkere Berücksichtigung „neuer Sorgekämpfe“ (Artus et al. 2017) stellt vor diesem Hintergrund ein erstes Desiderat zukünftiger Forschung dar.

7 Siehe hierzu www.wsi.de/de/pressemitteilungen-15991-tariflohne-steigen-2021-durchschnittlich-um-1-7-prozent-37450.htm (03.01.2022).

Angesichts der anhaltenden grenzüberschreitenden Restrukturierung von Erwerbsarbeit stellt ein zweites Desiderat die Entwicklung einer realistischen Einschätzung der Potenziale trans- und supranationaler Erwerbsregulierung dar. Während Beiträge aus dem Bereich der Global Labour Studies zwar über ein zunehmend leistungsfähiges Theorieinstrumentarium zur Untersuchung des Zusammenwirkens verschiedener Initiativen einer „internationalen Netzwerktextur“ (Pries 2010) grenzüberschreitender Erwerbsregulierung verfügen, unterliegen Arbeiten aus dem Feld oftmals den Verengungen eines programmatischen Zweckoptimismus, der seine Schlüsse aus der Analyse vereinzelter Fälle gelungener Regulierungsinitiativen zieht (vgl. kritisch hierzu Seeliger 2018).

Weiterer Forschungsbedarf besteht bedingt durch den Klimawandel hinsichtlich der Möglichkeiten und Grenzen einer Dekarbonisierung der Wirtschaft und der Rolle, die arbeitspolitische Akteure diesbezüglich einnehmen können. Darüber, wie ein linker ‚Green New Deal‘ aussehen könnte, wird in politischen Diskussionen genauso entschieden wie in den sozialwissenschaftlichen Debatten, die diese informieren. Fragen einer an den Voraussetzungen einer sozialökologischen Transformation interessierten Sozialwissenschaft könnten sich vom Blickpunkt der Lohnabhängigenbewusstseinsforschung etwa auf das Problem richten, inwiefern die Interessen der Beschäftigten der Automobilindustrie mit den auf der Nutzung fossiler Brennstoffe beruhenden Verwertungsinteressen ‚ihrer‘ Kapitalisten übereinstimmen. Ob Umweltschutz und Nachhaltigkeit ein bewusstes Interesse der Lohnabhängigen Klasse darstellt, wird perspektivisch über die Möglichkeiten einer Konversion der ‚alten Industrien‘ entscheiden.

Die Frage nach dem Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft stellt sich, so lässt sich schließen, also vor dem Hintergrund umfassender Entwicklungen sozialen Wandels. Die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Trajektorien hat die sozialwissenschaftliche Forschung in den letzten Jahren zur Rehabilitation des Transformationskonzeptes gebracht. Unter Bedingungen von Digitalisierung, Globalisierung und europäischer Integration, des demografischen Wandels, der Restrukturierung des Parteiensystems, dem Klimawandel und der mit ihm verbundenen Hoffnungen auf eine Dekarbonisierung der Wirtschaft, der Restrukturierung der Geschlechterverhältnisse und Verschiebungen innerhalb der internationalen Konstellation der Wirtschaftsregionen und Wertschöpfungsprozesse lassen sich – mit einigen der im vorliegenden Band behandelten Themenschwerpunkten – Veränderungen sowohl im Arrangement als auch in der Substanz gesellschaftlicher Ordnungsbildung feststellen. Sowohl für die Untersuchung einzelner Momente dieses Ensembles an Transformationserscheinungen mit Hilfe von Theorien mittlerer Reichweite als auch für die (Wieder-)Belebung gesellschaftstheoretischer Ambitionen jenseits eines auf Klassenverhältnisse allein fokussierenden Marxismus oder auf Deliberationsprozesse fokussierender Demokratietheorien bieten die im

Rahmen der Beiträge dargelegten Entwicklungen Anlass. Eine Konzeption des Transformationsbegriffes unter Bezug auf zwei seiner prominentesten Nutzer – Jürgen Habermas (1962) und Karl Polanyi (1973) – könnte mit der Kommodifizierung und Dekommodifizierung von Arbeit, Boden und Geld sowie dem Strukturwandel der Öffentlichkeit im Spannungsfeld von Globalisierung, Digitalisierung und dem Klimawandel die Synthese idealistischer und materialistischer Sozial- und Demokratietheorien gesellschaftlichen Wandels ermöglichen (siehe prospektiv Seeliger et al. 2022, 2023).

Literatur

- Artus, Ingrid/Birke, Peter/Kerber-Clasen, Stefan/Menz, Wolfgang (Hrsg.) (2017): *Sorge-Kämpfe Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen*. Hamburg: VSA.
- Aulenbacher, Brigitte/Meuser, Michael/Riegraf, Birgit (2010): *Soziologische Geschlechterforschung. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer.
- Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hrsg.) (2009): *Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Baccaro, Lucio/Höpner, Martin (2022): *Das deutsche Wachstumsmodell, 1991–2019*. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (unveröffentlichtes Manuskript).
- Baum, Markus/Seeliger, Martin (2021): *Donald Trumps Twitter-Sperre. Die Paradoxie, Ambivalenz und Dialektik digitalisierter Öffentlichkeit*. In: Seeliger, Martin/Sevignani, Sebastian (Hrsg.): *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Leviathan Sonderheft. Baden-Baden: Nomos, S. 342–364.
- Beck, Ulrich (1985): *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beutler, Kai/Lenssen, Christoph (2012): *Werkverträge – neuer Prekarisierungsschub? Empirische Befunde für bedrohte Sozialstandards*. In: *Sozialismus* 39 (10), S. 42–46.
- Bojadzije, Manuela (2008): *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Borchert, Jens/Lessenich, Stephan (2006): *Lang leben die „Strukturprobleme“! Einleitung zur Neuauflage*. In: Offe, Claus (Hrsg.): *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*. Frankfurt/New York: Campus, S. 11–22.
- Brand, Karl-Werner (Hrsg.) (2017): *Die sozial-ökologische Transformation der Welt*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Brenner, Otto (1966): *Gewerkschaftliche Dynamik in unserer Zeit*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Brinkmann, Ulrich (2011): *Die Unsichtbare Faust des Marktes: Betriebliche Kontrolle Und Koordination Im Finanzmarktkapitalismus*. Berlin: Edition Sigma.
- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butollo, Florian (2021): *Was zeichnet die digitale Transformation der Arbeitswelt aus? Ein Deutungsangebot jenseits von Großtheorien und disparater Empirie*. In: *AIS-Studien* 14 (2), S. 27–44.
- Castel, Robert (1995): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK.
- Castel, Robert (2005): *Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat*. Hamburg: Hamburger Edition.

- Castel, Robert (2011): Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums. Hamburg: Hamburger Edition.
- Crouch, Colin/Pizzorno, Alessandro (Hrsg.) (1978): The Resurgence of Class Conflict in Western Europe Since 1968. London: Macmillan.
- Dackweiler, Regina-Maria/Schäfer, Reinhild (Hrsg.) (2010): Wohlfahrtsstaatlichkeit und Geschlechterverhältnisse aus feministischer Perspektive. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dahrendorf, Ralf (1983): Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht In: Joachim Matthies im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982. Frankfurt am Main, S. 25–37.
- Deppe, Frank (2012): Gewerkschaften in der Großen Transformation: Von den 1970er Jahren bis heute. Eine Einführung. Köln: Papyrossa.
- Deppe, Frank (2013): Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand. Hamburg: VSA.
- Detje, Richard/Sauer, Dieter (2021): Corona-Krise im Betrieb. Empirische Erfahrungen aus Industrie und Dienstleistungen. Hamburg: VSA.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz (2008): Nach dem Boom. Perspektiven der Zeitgeschichte nach 1970. Göttingen Vandenhoeck & Ruprecht.
- Dörre, Klaus/Scherschel, Karin/Booth, Karin/Haubner, Tine/Marquardsen, Kai/Schierhorn, Karen (2013): Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Durkheim, Émile [1977] (1992): Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Engels, Friedrich/Marx, Karl (1999): Das Kommunistische Manifest. Eine moderne Edition. Hamburg: Argument.
- Ewen, Janis/Nies, Sarah/Seeliger, Martin (Hrsg.) (2022): Sozialpartnerschaft im digitalen Kapitalismus. Hat der institutionalisierte Klassenkonflikt eine Zukunft? Basel/Weinheim: Beltz Juventa.
- Fisahn, Andreas (2021): Repressive Toleranz und marktkonforme Demokratie. Köln: Papyrossa.
- Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens Für eine neue Infrastrukturpolitik. Berlin: Suhrkamp.
- Giddens, Anthony (1973): Anthony Giddens Capitalism and Modern Social Theory: An Analysis Of The Writings Of Marx, Durkheim And Max Weber. Cambridge: Cambridge University Press.
- Goes, Thomas (2015): Zwischen Disziplinierung und Gegenwehr. Wie Prekarisierung sich auf Beschäftigte im Großhandel auswirkt. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Graf, Jakob/Lucht, Kim/Lütten, John (2022): Einleitung. In: Graf, Jakob/Lucht, Kim/Lütten, John (Hrsg.): Die Wiederkehr der Klassen. Theorien, Analysen, Kontroversen. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 7–18.
- Habermas, Jürgen (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Haffert, Lukas (2016): Die schwarze Null: Über die Schattenseiten ausgeglichener Haushalte. Berlin: Suhrkamp.
- Hassel, Anke (2006): Die Schwächen des deutschen Kapitalismus. In: Berghahn, Volker R./Vitols, Sigurt (Hrsg.): Gibt es einen deutschen Kapitalismus? Tradition und globale Perspektiven der sozialen Marktwirtschaft. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 200–214.

- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (1995): Dienstleistungsgesellschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen. Berlin: Suhrkamp.
- Hitzler, Ronald/Pfadenhauer, Michaela/Honer, Anne (Hrsg.) (2010): Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnografische Erkundungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Holst, Hajo/Nachtwey, Oliver/Dörre, Klaus (2009): Funktionswandel von Leiharbeit: Neue Nutzungsstrategien und ihre arbeits- und mitbestimmungspolitischen Folgen. Frankfurt am Main: OBS-Arbeitsheft Nr. 61.
- Honneth, Axel (2017): Die Idee des Sozialismus Versuch einer Aktualisierung. Berlin: Suhrkamp.
- Höpner, Martin (2003): Wer beherrscht die Unternehmen? Shareholder Value, Managerherrschaft und Mitbestimmung in Deutschland. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Höpner, Martin (2021): Die IG Metall zwischen Exportblock und Mosaik: Lektionen aus der gewerkschaftlichen Europapolitik. In: Aulenbacher, Brigitte/Deppe, Frank/Dörre, Klaus/Ehlscheid, Klaus/Pickshaus, Klaus (Hrsg.): Mosaiklinie Zukunftspfade: Gewerkschaft, Politik, Wissenschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 381–390.
- Jacobsen, Heike (2018): Strukturwandel der Arbeit im Tertiärisierungsprozess. In: Böhle, Fritz/Voß, G. Günter/Wachtler, Günther (Hg.): Handbuch Arbeitssoziologie, Band 1: Arbeit, Strukturen und Prozesse. Wiesbaden: Springer 233–262.
- Klatt, Johanna/Walter, Franz (2011): Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Bielefeld: Transcript.
- Landwehr, Claudia/Schäfer, Armin (2021): Repräsentation: Zwischen technokratischer und populistischer Versuchung. In: Florack, Martin/Korte, Karl-Rudolf/Schwanholz, Julia (Hrsg.): Coronakratie. Demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 135–148.
- Leibiger, Jürgen (2022): Eigentum im 21. Jahrhundert. Metamorphosen, Transformationen, Revolutionen. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen: Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: Transcript.
- Lessenich, Stephan (2018): Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem. Stuttgart: Reclam.
- Loh, Wulf/Skupien, Stephan (2016): Die EU als Solidargemeinschaft. In: Leviathan 44 (4), S. 578–603.
- Lohr, Karin (2003): Subjektivierung von Arbeit. Ausgangspunkt einer Neuorientierung der Industrie- und Arbeitssoziologie? In: Berliner Journal für Soziologie 13, S. 511–529.
- Lorig, Philipp (2018): Handwerk als prekäres Unternehmertum Soloselbstständige zwischen Autonomie und radikaler Marktabhängigkeit. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Lutz, Burkart (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität: eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt/New York: Campus.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2003): Wieder dienen lernen? vom westdeutschen „Normalarbeitsverhältnis“ zu prekärer Beschäftigung seit 1973. Berlin: Edition Sigma.
- Minssen, Heiner (2000): Begrenzte Entgrenzungen: Wandlungen von Organisation und Arbeit. Berlin: Edition Sigma.
- Minssen, Heiner (2006): Arbeits- und Industriesoziologie. Eine Einführung. Frankfurt am Main: Campus.
- Minssen, Heiner (2011): Arbeit in der modernen Gesellschaft: Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Mitscherlich, Alexander/Mitscherlich, Margarete (1967): Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. München: Piper.
- Motakef, Mona (2015): Prekarität. Bielefeld: Transcript.
- Mückenberger, Ulrich (1985): Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. Hat das Arbeitsrecht noch Zukunft? In: Zeitschrift für Sozialreform 7, S. 415–435.
- Müller-Jentsch, Walthert (2021): Wirtschaftsordnung und Sozialverfassung als mitbestimmte Institutionen Studien zur sozialen und industriellen Demokratie II. Wiesbaden: Springer.
- Nachtwey, Oliver (2009): Marktsozialdemokratie: Die Transformation von SPD und Labour Party. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nachtwey, Oliver/Staab, Philipp. (2020): Das Produktionsmodell des digitalen Kapitalismus. In: Soziale Welt, Sonderband 23, S. 285–304.
- Negt, Oskar (2004): Wozu noch Gewerkschaften? Göttingen: Steidl.
- Nies, Sarah (2021): Eine Frage der Kontrolle? Betriebliche Strategien der Digitalisierung und die Autonomie von Beschäftigten in der Produktion. In: Berliner Journal für Soziologie 31 (3/4), S. 475–504
- Nölke, Andreas (2021): Exportismus: Die deutsche Droge. Frankfurt am Main: Westend.
- Nolte, Paul (2003): Das große Fressen. Nicht Armut ist das Hauptproblem der Unterschicht. Sondern der massenhafte Konsum von Fast Food und TV. In: Die Zeit 52.
- Nolte, Paul (2004): Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik. München: Beck.
- Offe, Claus (1983): Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie? In: Joachim Matthes im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982. Frankfurt am Main, S. 38–65.
- Offe, Claus (2006): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates: Aufsätze zur Politischen Soziologie. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Peukert, Almut/Seeliger, Martin/Jacobsen, Heike (Hrsg.) (2022): Arbeiten in der Corona-Krise. In: Arbeit: Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik. Berlin: De Gruyter Oldenbourg.
- Pfeiffer, Sabine (2019): Digitale Arbeitswelten und Arbeitsbeziehungen: What you see is what you get? In: Industrielle Beziehungen (26) 2, 232–249.
- Piketty, Thomas (2013): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: Beck.
- Piketty, Thomas (2021): Der Sozialismus der Zukunft: Neue Interventionen. München: Beck.
- Polanyi, Karl (1973): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Pries, Ludger (2010): Erwerbsregulierung in einer globalisierten Welt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Raphael, Lutz (2019): Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom. Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Ricardo, David (2006): Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung. Marburg: Metropolis.
- Ruiner, Caroline/Wilkesmann, Maximiliane (2016): Arbeits- und Industriesoziologie. Konstanz: UTB.
- Sauer, Dieter (2010): Betriebliche und überbetriebliche Organisation: Vermarktlichung und Vernetzung der Unternehmens- und Betriebsorganisation. In: Böhle, Fritz/Voß, G. Günther/Wachtler, Günther (Hrsg.): Handbuch Arbeitssoziologie. Wiesbaden: Springer, S. 545–568.

- Scharpf, Fritz (1987): Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Scharpf, Fritz (1999): Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch? Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Scharpf, Fritz W. (1999): *Governing in Europe: Effective and Democratic?* Oxford: Oxford University Press.
- Seeck, Anne (2021): Zu den sozio-ökonomischen und psycho-sozialen Folgen der Corona-Krise. In: Hanloser, Gerhard/Nowak, Peter/Seeck, Anne (Hrsg.): *Corona und linke Kritik(un)fähigkeit. Kritisch-solidarische Perspektiven ‚von unten‘ gegen die Alternativlosigkeit ‚von oben‘.* AG Spak, S. 74–79.
- Seeliger, Martin (2017): Warum die EU aus gewerkschaftlicher Sicht keine Solidargemeinschaft darstellt. In: *Leviathan* 45 (4), S. 438–458.
- Seeliger, Martin (2018): Ambivalences of the Countermovement. A proposal on how to inquire international trade unionism. In: *Transnational Social Review* 8 (2), S. 203–217.
- Seeliger, Martin et al. (2023 i. E.): Gewerkschaften in der Transformationskrise. Die Imagination von Zukunftsszenarien der Dekarbonisierung, Digitalisierung und europäischen Integration aus arbeitspolitischer Perspektive. In: Kiess, Johannes/Preunkert, Jenny/Seeliger, Martin/Steg, Joris (Hrsg.): *Krisen und Soziologie.* Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Seeliger, Martin/Heiland, Heiner/Sevignani, Sebastian (2022 i. E.): Proletarische Öffentlichkeit revisited. Konzeptionelle und forschungsprogrammatische Überlegungen zum Strukturwandel arbeitspolitischer Öffentlichkeiten. In: *Zeitschrift für theoretische Soziologie.*
- Seeliger, Martin/Jacobsen, Heike/Peukert, Almut (2022): Arbeiten in Zeiten von Corona. Leistungserstellung in der Produktions-, Reproduktions- und Legitimationskrise. In: Peukert, Almut/Seeliger, Martin (Hrsg.): *Arbeiten in Zeiten von Corona. Sonderheft der Zeitschrift Arbeit.* Oldenbourg: De Gruyter, S. 1–13.
- Seeliger, Martin/Nies, Sarah/Ewen, Janis (2022a): Sozialpartnerschaft und arbeitspolitische Ordnungsbildung im Prozess der Digitalisierung. Eine Einführung. In: Ewen, Janis/Nies, Sarah/Seeliger, Martin (Hrsg.): *Sozialpartnerschaft im digitalen Kapitalismus. Hat der institutionalisierte Klassenkonflikt eine Zukunft?* Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Senghaas-Knobloch/Eva (2008): *Wohin driftet die Arbeitswelt?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sinn, Hans-Werner (2003): *Ist Deutschland noch zu retten?* Berlin: Econ.
- Smith, Adam (1904): *An inquiry into the nature and causes of the wealth of nations.* London: Methuen & Co.
- Staab, Philipp/Schupp, Simon/Raffetseder, Eva-Maria (2017): Kybernetik und Kontrolle. Algorithmische Arbeitssteuerung und betriebliche Herrschaft. In: *Prokla* 187 (2), S. 227–247.
- Steingart, Gabor (2004): *Deutschland – Der Abstieg eines Superstars.* München: Piper.
- Steingart, Gabor (2006): *Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden.* München: Piper.
- Strangleman, Tim (2015): Rethinking Industrial Citizenship: The Role and Meaning of Work in an Age of Austerity. In: *British Journal of Sociology* 66 (4), S. 673–690.
- Streeck, Wolfgang (2004): Hire and Fire: Ist der amerikanische Arbeitsmarkt ein Vorbild für Deutschland? In: *Berliner Republik* 3, S. 56–67.
- Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus.* Berlin: Suhrkamp.
- Streeck, Wolfgang (2014): Taking Crisis Seriously: Capitalism on its way out. In: *State e Mercato* 100 (1), S. 45–67.

- Streeck, Wolfgang/Heinze, Rolf G. (1999): An Arbeit fehlt es nicht. In: Spiegel 19.
- Struck, Olaf (2017): Krise der Arbeitsgesellschaft? Der Bamberger Soziologiekongress 1982 im Rückblick und Ausblick im Kontext von Digitalisierung, Arbeitsmarkt- und Qualifikationsentwicklung. In: Lessenich, Stephan (Hrsg.): Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg. www.uni-bamberg.de/fileadmin/arbeitswiss/Arbeitspapiere/Soziologie-Arbeitswissenschaft-WP-17-Krise_der_Arbeitsgesellschaft-endfassung.pdf (09.11.2022).
- Vorbereitungsausschuß für den 21. Deutschen Soziologentag (1983): Zum Soziologenthema ‚Krise der Arbeitsgesellschaft?‘ In: Matthes, Joachim (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Soziologentages in Bamberg 1982. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 13–18.
- Voß, G. Günter/Pongratz, Hans-Jürgen (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1, S. 131–158.
- Zhang, Chenchen/Nathan, Lillie (2015): Industrial Citizenship, Cosmopolitanism and European Integration. In: *European Journal of Social Theory* 18 (1). S. 93–111.

Neue grobe Unterschiede

Arbeit, Klassen, Prekarisierung und die Wiederkehr der sozialen Frage – Ein Streifzug

John Lütten

1. Einleitung

Taugt der Klassenbegriff im Jahr 2023 noch zur Analyse der bundesdeutschen Gesellschaft? Es ist jedenfalls noch gar nicht lange her, da fristete nicht nur der Begriff sozialer Klassen allenfalls ein Nischendasein im Vokabular der hiesigen politisch-medialen Öffentlichkeiten – auch Klassentheorien waren wissenschaftlich marginalisiert und galten als weitgehend überholt. Angesichts historisch neuer und vielfältiger Ungleichheits-, Lebens- und Konfliktverhältnisse, so der Tenor, seien Klassenanalysen kaum noch brauchbar zur Vermessung der Gesellschaft oder Erklärung ihrer Entwicklungsdynamik: Zu komplex der Vermittlungs- und Erfahrungszusammenhang sozialer Ungleichheit und Lebensweisen, zu limitiert demgegenüber der Erklärungsgehalt eines im Kern auf Eigentums- und Produktionsverhältnisse oder Prozesse sozialer Schließung geeichten Klassenbegriffs. Den feineren Ungleichheitslinien entlang der Pluralisierung und Differenzierung sozialer Milieus und Lebensweisen wurde größerer Einfluss auf die soziale Wirklichkeit attestiert – und die ‚groben‘ Klassenverhältnisse rückten aus dem Fokus. Stellvertretend für diese Entwicklung können das von Ulrich Beck (1983, 1986) formulierte Individualisierungsparadigma, der von Reinhard Kreckel (1983, 1990) angeregte Wandel von „vertikalen“ zu „horizontalen“ Modellen sozialer Ungleichheit oder der von Stefan Hradil (1987) proklamierte Übergang von „Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus“ genannt werden. Nach einer kurzen Blütezeit vor allem an Marx und Weber orientierter Klassenanalysen in den 1960ern und frühen 1970ern geraten Klassentheorien, marxistische wie weberianische, im Zuge der 1980er und 1990er in die Defensive. Zwar wird der Klassenbegriff dabei nicht immer rundheraus für obsolet und werden Klassenstrukturen nicht per se für aufgelöst erklärt. Ihre Prägekraft für die gesellschaftliche Realität und ihr Erklärungsgehalt für deren Entwicklung werden aber grundlegend hinterfragt oder bestritten.

Es scheint, als würde sich das nun langsam wieder ändern. Nicht nur sind Klassen und Klassentheorien in den letzten Jahren wieder vermehrt zum Thema arbeits- und anderer soziologischer Publikationen, Konferenzen,

Forschungsprojekte oder Dissertationen geworden. Auch in Teilen der breiteren Öffentlichkeit scheint eine gewisse Enttabuisierung stattzufinden: Die der marxistischen Folklore bekanntlich kaum verdächtige Bundeszentrale für politische Bildung etwa widmete dem Thema „Klassen“ Ende 2021 eine Ausgabe ihres Jugendmagazins *fluter*, der öffentlich-rechtliche Deutschlandfunk produzierte im Frühjahr 2022 eine Sendereihe zur modernen „Working Class“, und journalistischen wie soziologischen Einblicken ins Leben der lohnabhängigen Klasse gelingt der Sprung in die Bestsellerlisten (Mayer-Ahuja/Nachtwey 2021; Friedrichs 2021). Nicht zuletzt das große Echo auf die literarisch-soziologischen Verarbeitungen eigener proletarischer Herkunftsgeschichten von Didier Eribon, Édouard Louis oder Christian Baron zeigt an: Die Frage nach sozialen Klassen wird heute ganz offenkundig wieder neu gestellt.

Diese Feststellung bedarf zwar sogleich zweierlei Einschränkung: Erstens kann von einem echten Paradigmenwechsel bislang keine Rede sein – der Klassenbegriff ist weit davon entfernt, so etwas wie ein Leitbegriff gesellschaftlicher oder soziologischer Debatten zu werden; zweitens wird er inhaltlich sehr unterschiedlich gefüllt: Die Palette reicht von der klassisch materialistischen Diktion eigentumsvermittelter Produktions- und Ausbeutungsverhältnisse über eine primär an kulturell-normativen Orientierungsmustern ausgerichtete Konzeption von „Kulturklassen“ (Reckwitz 2017) bis zur Diskussion über „Klassismus“ als Ausschluss- und Diskriminierungserfahrung aufgrund sozialer Herkunft (Seeck/Theißl 2020; Altieri/Hüttner 2020). Es besteht insofern kein Konsens, was genau eigentlich unter „Klassen“ zu verstehen ist – mindestens, weil dabei unterschiedliche Dimensionen von Klassenverhältnissen im Fokus stehen.¹

Dennoch ist das neuerliche und erstaunlich breite Interesse an Klassen und Klassentheorie erklärungsbedürftig. Es muss letztlich als Widerhall gesellschaftlicher Veränderung interpretiert werden: Die neue Klassendiskussion ist eine Suchbewegung, die sich auch aus der Notwendigkeit speist, die Entwicklungsdynamik der Bundesrepublik neu auf den Begriff zu bringen. Sie gründet in einem Umbau von Produktions-, Arbeits- sowie Armuts- und Reichtumsverhältnissen in den vergangenen Dekaden, der der Deutung und Verarbeitung bedarf – auch und gerade, weil er einiges dessen affiziert, womit der soziologische Abschied von der Klassentheorie zuvor begründet worden

1 Ein in diesem Zusammenhang bislang weniger thematisierter Aspekt ist auch ein sich vollziehender Generationenwechsel: Vor allem das Ausscheiden der sogenannten 1968er-Generation und entsprechend politisch und fachlich sozialisierten Alterskohorten aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Publizistik, Stiftungen oder politischen Organisationen erschwert jüngeren, unter völlig anderen Umständen sozialisierten Generationen heute den Anschluss an vormalig kanonische Wissensbestände, die brachliegen und neu erschlossen werden müssen.

war. Diese Entwicklung und ihre soziologische Verarbeitung sind Gegenstand des folgenden Streifzugs. Nach einem kurzen Umriss der sozioökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik bis in die 1970er Jahre werden einige paradigmatische Begründungen für den Abschied vom Klassenbegriff in den 1980ern zusammengefasst (Abschnitt 2). Diese Konstellation hat sich insbesondere in den letzten beiden Jahrzehnten jedoch grundlegend gewandelt, und zwar nicht zuletzt durch die Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen (Abschnitt 3). Insofern damit, verbunden mit einer neuen Krisenhaftigkeit des Sozialen, die soziale Frage wieder bedeutsamer wird, gleichwohl in historisch neuer Form, wird somit auch die neuere Attraktivität des Begriffs sozialer Klassen begreiflich. Und es gibt gute Gründe für die soziologische Revitalisierung von Klassentheorien und Klassenanalyse.

2. Formwandel der Sozialbeziehungen: Ungleichheit jenseits von Stand und Klasse?

2.1 Nachkriegsprosperität – Neue sozioökonomische Entwicklungslinien

Klassentheorien, dezidiert gesellschaftskritische allzumal, haben in der Bundesrepublik seit jeher einen schweren Stand. Exemplarisch sei in diesem Zusammenhang nur Helmut Schelskys (1953) Diagnose der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ aufgerufen, die einen für die Soziologie der Nachkriegszeit prägenden Versuch markiert, gesellschaftliche Unterklassen für aufgelöst und nicht mehr wirksam zu erklären (kritisch u. a. Abelshausen 2011, S. 342f.). Gleichwohl finden der Begriff sozialer Klassen oder auch die Rede von einer proletarischen Arbeiterschaft mindestens aus Gründen der Tradition oder als kanonische Fachbegriffe lange durchaus öffentliche Verwendung (exemplarisch: Feuersenger 1962; Dahrendorf 1957). Vor allem Ende der 1960er Jahre erleben der Klassenbegriff und an Marx orientierte Klassentheorie einen kurzen Aufschwung. Die Gründe dafür sind nicht bloß ökonomischer Art – die wilden „Septemberstreiks“ erschüttern 1969 kurzzeitig die Bundesrepublik und die Vorstellung einer sozialpartnerschaftlichen Harmonisierung des Klassenkonflikts (IMSF 1970) –, sondern auch politisch-gesellschaftlich: Teile der Studentenbewegung und Linken bemühen sich um die (Neu-)Aneignung marxistischer Gesellschaftstheorie und deren Operationalisierung für empirische Klassenanalysen. Als wohl bekannteste und elaborierteste dieser Versuche sind exemplarisch die Arbeiten des Westberliner Projekts Klassenanalyse (1973) sowie des Frankfurter Instituts für marxistische Studien und Forschungen (IMSF) (1973a) zu nennen (Überblick: Kirchhoff-Hund 1981, S. 42ff.). Ob ihrer theoretischen Tiefe und methodischen